

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB,  
Obmann der Arbeitsgruppe  
Abrüstung und Rüstungs-  
kontrolle der SPD-Bundes-  
tagsfraktion, fordert  
eine Konferenz der fünf  
Atomkräfte: Mittelstrek-  
kenraketen global verhan-  
deln. Seite 1

Horst Winterstein MdL,  
Fraktionsvorsitzender der  
SPD im hessischen Landtag,  
über das Verhältnis zu den  
Grünen: Die SPD bewahrt  
ihre Identität.

Seite 3

Dr. Klaus Kübler MdB wirft  
Minister Wörner vor, mit  
dem Weißbuch zur Sicher-  
heitspolitik die C-Waffen-  
Lobby in den USA unter-  
stützt zu haben: Nicht  
mehr tragfähig.

Seite 4

Harald B. Schäfer MdB, Ob-  
mann der SPD-Fraktion im  
Innenausschuß, weist auf  
die Entscheidung der USA  
hin, das Projekt eines  
Schnellen Brütters zu stop-  
pen: Aus Kalkar gelernt.

Seite 5

38. Jahrgang / 218

14. November 1983

### Für eine Konferenz aller fünf Atomkräfte

Nach einem Abbruch in Genf bedarf es der Einbeziehung  
der Mittelstreckenraketen in globale Verhandlungen

Von Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle  
der SPD-Bundestagsfraktion

Der bevorstehende Abbruch der Verhandlungen über Mittel-  
streckenraketen wirft zunehmend die Frage auf, wann und  
in welchem Verhandlungsrahmen nukleare Rüstungskontroll-  
verhandlungen, die die europäischen Nuklearwaffen betref-  
fen, wieder aufgenommen werden können. Denn es ist damit  
zu rechnen, daß die gesonderten amerikanisch-sowjetischen  
Mittelstreckenraketenverhandlungen nicht wieder aufgenom-  
men werden. Manche vermuten eher, daß die europäischen  
Mittelstreckenraketen einschließlich der für ein Verhand-  
lungsergebnis entscheidenden Frage - der Berücksichtigung  
der britischen und französischen Systeme - dann Verhand-  
lungsgegenstand der START-Verhandlungen werden.

Angesichts des Standes der START-Verhandlungen wäre aber  
auch hier vorerst nicht damit zu rechnen, daß die euro-  
päischen Mittelstreckenraketen hier sofort berücksichtigt  
würden. Der bisherige Verhandlungsverlauf bei START sieht  
ebenfalls keine Berücksichtigung der britischen und fran-  
zösischen Waffen vor. Es ist also eher damit zu rechnen,  
daß es nach dem Abbruch der Mittelstreckenraketen verhand-



lungen zunächst zu einem START-Ergebnis kommt ohne Berücksichtigung der Mittelstreckenraketenproblematik - während in Europa das nukleare Wettrüsten weitergeht.

Ein Ausweg aus dieser für Europa verzweifelten Lage könnte sich aus einer Rüstungskontrollkonferenz aller fünf Atomkräfte ergeben? Den USA, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und China. Bisher haben sich die drei kleinen Atomkräfte immer geweigert, sich mit den beiden atomaren Supermächten an einen Verhandlungstisch zu setzen, solange diese nicht zu einem drastischen Abbau ihrer strategischen Atomwaffen gekommen sind. Mittlerweile zeigt sich jedoch, daß so lange nicht gewartet werden kann. Die besonders die drei kleinen Atomkräfte betreffenden Mittelstreckenraketen werden zu einem Schlüsselfaktor dafür, ob der nukleare Rüstungswettkampf zwischen den beiden atomaren Supermächten weitergeht oder ob er gestoppt werden kann.

Wenn die drei kleinen Atomkräfte ihren Beitrag zu einer Beendigung des atomaren Rüstungswettkampfs leisten wollen, müssen sie bereits jetzt mit an den Verhandlungstisch. Eine solche Forderung ist in den letzten Jahren immer wieder einmal erhoben worden. Im Mai 1983 habe ich in der "Neuen Gesellschaft" ausführlich die aktuelle Notwendigkeit einer solchen Fünf-Mächte-Konferenz begründet. Der italienische Ministerpräsident Craxi hat als erster Regierungschef innerhalb der NATO diese Forderung vor wenigen Wochen erhoben. Es hat den Anschein, daß es für eine solche Konferenz inzwischen mehr Chancen gibt als je zuvor. - Sowohl Großbritannien als auch Frankreich und China scheinen im Gegensatz zu ihren früheren Positionen dazu jetzt eher bereit zu sein.

Da in der gegenwärtigen Weltlage alles versucht werden muß, ohne weitere Zeitverzögerung zu einer Beendigung des atomaren Rüstungswettkampfs zu kommen, muß die Chance jetzt ergriffen werden. Es ist zu hoffen, daß sich die Bundesregierung einer solchen Möglichkeit nicht verschließt und auch von sich aus einen Beitrag zum Zustandekommen einer solchen Konferenz leistet. (-/14.11.1983/ks/rs)

+ + +



**Die Identität der hessischen SPD ist klar**  
-----

Bei den Verhandlungen mit den Grünen werden Positionen vertreten, für die die Partei das Mandat ihrer Wähler hat.

Von Horst Winterstein MdL

Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion

Hessen war schon immer ein Land, in dem Probleme und Entwicklungen früh sichtbar wurden, die dann in der Bundesrepublik insgesamt aufbrachen. Diese Feststellung von Holger Börner in seiner vielzitierten Grundsatzrede vor dem SPD-Landespartei-tag in Baunatal bei Kassel umreißt besser als viele tiefschürfende Kommentare die schwierigen Aufgaben, die wir lösen müssen und die wir lösen wollen. Wir sind dazu als Treuhänder der eindeutig stärksten Wählergruppe aus der Landtagswahl vom 25. September verpflichtet.

Die Wähler hatten ja vor der eindeutigen Alternative gestanden, der nach rückwärtsgerichteten Kohl/Zimmermann/Lambsdorff/Wallmann-Politik einen neuen Scheck auszustellen oder aber ein deutliches Stopp-Zeichen gegen den Abbau des sozialen und liberalen Rechtsstaates zu setzen. Die Hessen-SPD hat für ihr Regierungsprogramm eine eindrucksvolle Bestätigung bekommen, aber die Mehrheitsverhältnisse im Parlament schaffen Probleme. Wir sind stärkste Fraktion, aber zur absoluten Mehrheit fehlen fünf Mandate.

Dabei ist bedauerlich, daß die CDU das Erfinden von Winkelzügen für Politik hält und nicht bereit ist, bei den außergewöhnlichen Mehrheitsverhältnissen im Landtag die SPD als stärkste Fraktion zu tolerieren. Da sich auch die FDP verweigert, müssen wir prüfen, in welchen Fragen wir mit den Grünen, die sich zu Gesprächen ohne Vorbedingungen bereiterklärt haben, Einigung erzielen können. Sowohl die Verhandlungskommission der SPD mit Holger Börner an der Spitze als auch die Landtagsfraktion werden dabei streng darauf achten, daß die Identität der Partei sowohl zu Beginn wie auch am Ende dieses Weges klar und unzweifelhaft sind und sein werden.

Wir haben auf unserer Klausurtagung in dieser Woche aufgrund der vom Landespartei-tag beschlossenen Resolution zur Landespolitik die sozialdemokratischen Schwerpunkte für die Verhandlungen festgelegt. Wir wollen Ausbildung für junge Leute, aktive Beschäftigungspolitik, konsequenten Umweltschutz. Über diese Forderungen zu verhandeln, das ist kein Wählerbetrug wie die CDU behauptet.

Im Gegenteil: Dieses Programm haben wir im Landtagswahlkampf den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt. Es nun optimal durchzusetzen zum Wohle des ganzen Landes gehört zu den Pflichten, die uns das Wahlergebnis und der Vertrauensbeweis der weit über 1,5 Millionen Wählerinnen und Wähler auferlegt.

(-/14.11.1983/ks/rs)

+ + +



Alleingang Wörners für eine C-Waffen-Nachrüstung?

Der Bundesverteidigungsminister muß sich die Frage nach seiner politischen Tragbarkeit gefallen lassen

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die Bundesregierung ist mit ihrer Aussage im kürzlich veröffentlichten Weißbuch 1983, in dem sie sich ausdrücklich und in offenbarer Offenheit zum Einsatz chemischer Kampfstoffe als Vergeltungsmaßnahme in begrenztem Umfang bekennt, einschließlich der Konsequenz, die C-Waffen dann auch gegebenenfalls zu modernisieren, auf heftige Kritik gestoßen.

Die Bundesregierung muß schon der Teufel geritten haben oder hat sie sich nur in ihrem ideologisierten Antikommunismus verfangen - jedenfalls hat der Bundesverteidigungsminister Wörner wenig an politischer Klugheit bewiesen, als er das Thema der chemischen Nachrüstung zu einem für ihn denkbar ungünstigen Zeitpunkt an die Öffentlichkeit getragen hat.

Die Bundesregierung hat dies bald bemerkt und versucht, dies Thema der Modernisierung der C-Waffen-bestände der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik herunterzuspielen. Es fällt schon mehr als auf, daß die Aussagen im Weißbuch jetzt nur noch rein hypothetische sein sollen. So bügelte die Bundesregierung in der Fragestunde des Bundestages am Donnerstag vergangener Woche alle Fragen zur C-Waffen-Nachrüstung mit der Begründung ab, daß diese Fragen deshalb nicht zu beantworten seien, weil sie rein hypothetischer Art seien. Da fragt man sich natürlich, warum dann diese angeblich rein hypothetische Frage überhaupt in das Weißbuch 1983 aufgenommen worden ist.

Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in ihrer Haltung zu den C-Waffen ist angeschlagen. Es stellt sich jetzt nämlich die Frage, ob die Bundesregierung von sich aus die USA mit ihren Ausführungen im Weißbuch auffordern wollte, ihre C-Waffenbestände zu modernisieren. Ist die Bundesregierung in ihrem blind machenden Antikommunismus hier eigenmächtig vorgeprescht?

Die Vermutungen, daß die Bundesregierung hier offensichtlich ohne Konsultationen mit den USA und ohne Absprachen in der NATO, sei es aus fahrlässiger politischer Dummheit oder aus falscher Furcht oder übertriebener Reagan-Gefälligkeit oder auch nur als flankierende Maßnahme zur Mittelstreckennachrüstung, eine neue chemische Nachrüstung einläuten wollte, verdichtet sich immer mehr.

Die Amerikaner bestreiten durch ihren NATO-Oberbefehlshaber jede C-Waffen-Nachrüstungsabsicht in der Bundesrepublik und auch eine entsprechende Entscheidung des NATO-Rats ist mir nicht bekannt. In der Fragestunde vom 10. November zeigte sich deshalb - wen wundert es - die Bundesregierung plötzlich gewandelt und behauptete, es gäbe keine Planungen zur chemischen Nachrüstung. Was stimmt nun? Das Weißbuch der Bundesregierung vom Oktober dieses Jahres, oder die Erklärungen der Bundesregierung in der Fragestunde? Bundesverteidigungsminister Wörner muß sich die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit und nach der Stetigkeit seiner Verteidigungspolitik gefallen lassen. Seine widersprüchliche Politik in einer so zentralen Frage macht die Kalkulierbarkeit unserer Verteidigungspolitik sowohl für unseren westlichen Verbündeten wie für den Osten schwierig. Wörner hat unserer Verteidigungspolitik einen Bärendienst erwiesen.

Wenn Wörner offensichtlich ohne Abstimmung mit den USA und dem NATO-Rat die chemische Nachrüstung in der Bundesrepublik propagiert und dann kurz danach davon nichts mehr wissen will, muß die Frage nach seiner politischen Tragbarkeit gestellt werden.  
(-/14.11.1983/ks/rs)

+ + +



USA gaben Brüter-Projekt auf  
-----

Wie die Amerikaner aus den Erfahrungen mit Kalkar lernten

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß

Eine wichtige Meldung aus Washington, die schon vor etwa zwei Wochen über Presseagenturen verbreitet worden war, ist von der hiesigen Presse nicht veröffentlicht worden. Damals hatte der US-Senat im Rahmen seiner Haushaltsbeschlüsse mit sehr großer Mehrheit aus beiden Parteien jegliche weitere Mittel zur Errichtung eines amerikanischen Brutreaktor-Kraftwerks in Clinch River endgültig abgelehnt. In der Debatte hat auch das hoffnungslos überbeuerte westdeutsche Projekt in Kalkar eine negative Rolle gespielt. Wie nur von einer hoch angesiedelten Quelle im amerikanischen Energieministerium zu erfahren war, gibt sich die Regierung endgültig geschlagen und wird keine weiteren Anstrengungen unternehmen, um den Clinch River Brutreaktor doch noch zu retten.

Im Gegenteil: Das Energieministerium hat bereits beschlossen, daß ein Test- und Forschungsprogramm für die Brütertechnologie in wesentlich kleinerem Umfang durchgeführt wird. Dabei werden die USA mit Japan kooperieren, und sich so die Kosten teilen. Das Energieministerium hat bereits die Erweiterung eines Kooperationsabkommens mit Japan unterschrieben, um die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Brüterbrennstoff und -komponenten zu verbessern. Das neue Abkommen sei "bargeldlos", weil die Amerikaner sich nicht nur am japanischen Brüterprojekt beteiligen, sondern ihren Anteil an den Resultaten aus diesem Projekt bekommen werden.

Das amerikanische Demonstrations-Brüterkraftwerk Clinch River hat viele Ähnlichkeiten mit dem deutschen Projekt in Kalkar. Die Komponenten für den amerikanischen Brüter waren weitgehend gefertigt. Das Design wird nun genau dokumentiert werden. So wird keine der bereits gewonnenen Informationen verloren gehen, falls man später doch noch einmal auf Brüter zurückgreifen möchte.

Die kluge Entscheidung des amerikanischen Parlaments, trotz zähen und hinhaltenden Widerstand der Regierung den Bau eines Brüter-Demonstrationskraftwerks abzubrechen, muß Rückwirkungen auf das deutsche Projekt haben, wenn noch ein Funke von Rationalität in der Energiepolitik unseres Landes erhalten bleiben soll. Was dem großen Amerika zu teuer, zu gefährlich und unnötig erscheint, kann der kleinen



Bundesrepublik keine Vorteile bringen. Wie hoffnungslos das deutsche Projekt in den Vereinigten Staaten eingeschätzt wird, ergibt sich indirekt aus einer Nebenbemerkung in der amerikanischen Kernenergiezeitschrift "Nucleonics Week" vom 3. November 1983. Dort steht, daß nach inoffiziellen Quellen die Franzosen nach der amerikanischen Entscheidung unglücklich darüber sind, bei der weiteren Brüterentwicklung nun allein gelassen zu werden. Davon, daß neben Frankreich auch die Bundesrepublik an der Brüterentwicklung mit aussichtsreichen Projekten noch beteiligt sein könnte, war nicht die Rede...

Als ehemaliger Vorsitzender der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergie-Politik" hatte ich das Minderheitsvotum der Kommission zur Nicht-Inbetriebnahme des deutschen Schnellen Brüters mit unterstützt, wo wir, in klarer Voraussicht der zukünftigen Entwicklung, empfohlen hatten: "Der SNR 300 ist angesichts der veränderten Rahmenbedingungen weder energiewirtschaftlich noch energiepolitisch notwendig. ... Der SNR 300 ist zur Offenhaltung der möglichen kommerziellen Nutzung der Brutreakorttechnologie in der Bundesrepublik Deutschland nicht notwendig." Die Empfehlung hatten wir so begründet: "Die Auffassung trifft nicht zu, daß eine Nichtfertigstellung des SNR 300 der Bundesrepublik Deutschland als einem technologisch hochentwickelten Staat schadet. Im Gegenteil: Das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland würde Schaden erleiden, wenn sie neue technologische und politische Herausforderungen durch eine überholte Technologiepolitik blockieren ließe."

Es scheint so, daß nun der amerikanische Kongreß und nicht der Deutsche Bundestag sich der Empfehlung der Minderheit der Enquete-Kommission aufgrund eigener Überlegungen angeschlossen hat. Propheta Nihil in Patria. (-/14.11.1983/Ks/rs)

+ + +

